

1. Teil: Verbraucherschutz	1
1. Abschnitt: Grundbegriffe des Verbraucherrechts	1
A. Verbraucher	2
I. Natürliche Person	2
1. Einordnung von OHG, KG und Partnerschaftsgesellschaften	2
2. Einordnung von GbR und Wohnungseigentümergeinschaft	2
II. Zweck des Rechtsgeschäfts	3
1. Maßgebliche Kriterien für die Zuordnung der Zweckbestimmung	3
2. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Zuordnung des Zwecks	4
3. Beweislast	4
III. Problemfälle der Abgrenzung	4
1. Existenzgründer	4
2. Doppelte Zweckbestimmung („dual use“)	5
3. Arbeitnehmer als Verbraucher	5
4. Gesellschafter und Geschäftsführer einer GmbH	6
5. Vertretung des Verbrauchers durch einen Unternehmer	6
B. Unternehmer	6
I. Natürliche oder juristische Person in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit	6
II. Rechtsfähige Personengesellschaft in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit	7
2. Abschnitt: Anwendungsbereich und Grundsätze des Verbraucherrechts	8
A. Anwendungsbereich der §§ 312 ff.	8
I. Verbraucherverträge i.S.d. § 312 Abs. 1 und § 312 Abs. 1a	8
II. Ausnahmetatbestände	11
1. Ausnahmen nach Abs. 2	11
2. Ausnahmen nach Abs. 3–8	12
B. Grundsätze bei Verbraucherverträgen	13
I. Informationspflichten bei telefonischer Kontaktaufnahme	13
II. Informationspflichten für den stationären Handel	13
III. Grenzen der Vereinbarung von Entgelten	14
1. Entgelte für Nebenleistungen	14
2. Entgelte für die Nutzung bestimmter Zahlungsmittel	15
3. Entgelte für telefonische Auskünfte zur Vertragsabwicklung	16
4. Keine Unwirksamkeit des Vertrages im Übrigen	16
3. Abschnitt: Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge und Fernabsatzverträge	17
A. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	17
I. Schutzzweck	17

II. Anwendungsbereich	17
1. Verbrauchervertrag gemäß § 312 Abs. 1, 1a	18
2. Ausnahmetatbestände	18
III. Besondere Voraussetzungen gemäß § 312b	18
1. Geschäftsräume	18
2. Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen	19
3. Vertragsangebot des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	19
4. Vertragsschluss nach persönlicher Ansprache des Verbrauchers	19
5. Vertragsschluss auf einem Ausflug	20
IV. Besonderer Gerichtsstand für Außergeschäftsraumverträge	20
B. Fernabsatzverträge	21
I. Schutzzweck	21
II. Anwendungsbereich	22
1. Verbrauchervertrag gemäß § 312 Abs. 1, 1a	22
2. Ausnahmetatbestände	22
III. Besondere Voraussetzungen gemäß § 312c	23
1. Ausschließliche Verwendung von Fernkommunikationsmitteln	23
2. Organisiertes Vertriebs- oder Dienstleistungssystem	24
IV. Konkurrenzen	25
C. Informations- und Dokumentationspflichten für Außergeschäftsraum- verträge und Fernabsatzverträge	25
I. Informationspflichten des Unternehmers i.V.m. Art. 246a EGBGB	26
1. Inhalt der Informationen	26
2. Formale Anforderungen	27
II. Informationspflichten des Unternehmers i.V.m. Art. 246b EGBGB	27
1. Inhalt der Informationen	27
2. Formale Anforderungen	28
III. Dokumentationspflichten gemäß § 312f	29
1. Dokumentationspflichten für Außergeschäftsraumverträge	29
2. Dokumentationspflichten für Fernabsatzverträge	29
3. Dokumentationspflichten für digitale Daten	30
IV. Sanktionen bei Verletzung der Informations- oder Dokumentationspflichten	30
1. Verletzung der Informationspflichten gemäß § 312d Abs. 1 und 2	30
2. Verletzung der Dokumentationspflichten gemäß § 312f	31
D. Einräumung eines Widerrufsrechts gemäß § 312g	32
E. Widerruf eines neuen Dauerschuldverhältnisses nach Kündigung eines bestehenden Dauerschuldverhältnisses, § 312h	34
I. Zweck der Regelung	34
II. Fallgruppen und Rechtsfolgen	34

4. Abschnitt: Besondere Regelungen für den elektronischen Geschäftsverkehr 34

- A. Schutzzweck 35
- B. Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr 35
- C. Allgemeine Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäftsverkehr, § 312i 36
 - I. Anwendungsbereich 36
 - II. Pflichten des Unternehmers gemäß § 312i Abs. 1 37
 - 1. Zurverfügungstellung von Korrekturmöglichkeiten 37
 - 2. Informationspflichten i.V.m. Art. 246c EGBGB 37
 - 3. Zugangsbestätigung 37
 - Fall 1: Geiz ist geil 38
 - 4. Verschaffung einer Abruf- und Speicherungsmöglichkeit 41
 - III. Ausnahmen und Abdingbarkeit 41
 - 1. Ausnahmen 41
 - 2. Abdingbarkeit 41
 - IV. Rechtsfolgen der Verletzung der Pflichten aus § 312i Abs. 1 42
 - 1. Anfechtung 42
 - 2. Schadensersatz- und Unterlassungsansprüche 42
 - 3. Kein Hinausschieben des Beginns der Widerrufsfrist 42
 - V. Weitergehende Informationspflichten 43
- D. Besondere Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäftsverkehr mit Verbrauchern, § 312j 43
 - I. Anwendungsbereich 43
 - II. Pflichten des Unternehmers gemäß § 312j Abs. 1 43
 - III. Informationspflichten gemäß § 312j Abs. 2 44
 - 1. Inhalt der Information 44
 - 2. Formale Anforderungen 44
 - IV. Anforderungen an die Bestellsituation gemäß § 312j Abs. 3 und Rechtsfolge bei Nichtbeachtung nach § 312j Abs. 4 45
 - 1. Anforderungen an die Bestellsituation 45
 - 2. Rechtsfolge bei Nichtbeachtung der Anforderungen 46
 - V. Ausnahmen gemäß § 312j Abs. 5 46
- E. Kündigung von Verbraucherverträgen im elektronischen Geschäftsverkehr 47
 - I. Anwendungsbereich 47
 - 1. Voraussetzungen gemäß § 312k Abs. 1 S. 1. 47
 - 2. Ausnahmen vom Anwendungsbereich gemäß § 312k Abs. 1 S. 2 49
 - 3. Beschränkung auf ordentliche und außerordentliche Kündigungen, § 312k Abs. 2 S. 1 49
 - II. Gestaltung der Kündigungsmöglichkeit 50
 - 1. Einrichtung einer Kündigungsschaltfläche 50
 - 2. Einrichtung der Bestätigungsseite 50

III. Speicherbarkeit, Bestätigung, Zugang der Kündigung und Beendigungszeitpunkt des Vertrages	51
IV. Rechtsfolgen eines Verstoßes	52
5. Abschnitt: Informationspflichten bei Online-Marktplätzen	53
A. Anwendungsbereich	53
I. Betreiber eines Online-Marktplatzes	53
II. Ausnahme bei Finanzdienstleistungen	54
B. Informationspflichten	54
I. Informationspflichten aus § 312l Abs. 1 i.V.m. Art. 246d EGBGB	54
1. Rankinginformationen	54
2. Anbieterinformationen	55
3. Informationen über Verflechtungen	55
4. Information über die Unternehmereigenschaft	55
5. Information über fehlenden Verbraucherschutz	56
6. Informationen über Vertragspartner und Ansprüche	56
7. Preisinformationen auf Ticketbörsen	56
II. Formale Anforderungen an die Informationspflichten	57
C. Rechtsfolgen eines Verstoßes	58
6. Abschnitt: Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen	58
A. Schutzzweck und Struktur	58
B. Anwendungsbereich	59
Fall 2: Bereute Bürgschaft	60
C. Widerrufserklärung	60
D. Widerrufsfrist und Erlöschen des Widerrufsrechts	62
E. Rechtsfolgen des Widerrufs	64
I. Allgemeine Regelungen	65
II. Besondere Regelungen für Außergeschäftsraumverträge und Fernabsatzverträge	65
1. Rückgewähr der Leistungen	66
2. Rückgewähr der Lieferkosten	66
3. Rückzahlung mit demselben Zahlungsmittel	66
4. Zurückbehaltungsrecht beim Verbrauchsgüterkauf	67
5. Kosten der Rücksendung	67
6. Wertersatzanspruch des Unternehmers	68
a) Wertersatz bei Waren	68
b) Wertersatz bei Dienstleistungen und Energielieferungen	70
III. Besondere Regelungen für Verträge über Finanzdienstleistungen	70
1. Rückgewähr der Leistungen	70
2. Wertersatz bei Außergeschäftsraum- und Fernabsatzverträgen	70
3. Wertersatz bei Verbraucherdarlehensverträgen	71

IV. Besondere Regelungen für Teilzeit-Wohnrechteverträge sowie für Verträge über ein langfristiges Urlaubsprodukt, Vermittlungsverträge und Tauschsystemverträge	72
V. Besondere Regelungen für Ratenlieferungsverträge	72
VI. Besondere Regelungen für Verbraucherbauverträge	72
VII. Weitergehende Ansprüche, abweichende Vereinbarungen und Beweislast	73
Fall 3: Doppelt hält besser	73
7. Abschnitt: Verbundene Verträge	77
A. Voraussetzungen	78
I. Finanzierungszweck	78
II. Wirtschaftliche Einheit	78
1. Allgemeine Voraussetzungen	78
2. Besondere Voraussetzungen für Immobiliendarlehensverträge	79
B. Rechtsfolgen	80
I. Widerrufsdurchgriff	80
1. Widerruf des finanzierten Vertrags, § 358 Abs. 1	80
2. Widerruf des Darlehensvertrags, § 358 Abs. 2	80
Fall 4: Knapp daneben	81
3. Rechtsfolgen des § 358 Abs. 4 S. 5	83
II. Einwendungs- und Rückforderungsdurchgriff	84
Fall 5: Klammer Käufer	85
III. Einschränkungen für den Erwerb von Finanzinstrumenten	87
IV. Entsprechende Anwendung auf zusammenhängende Verträge	88
1. Voraussetzungen	88
a) Allgemeine Voraussetzungen	88
b) Ergänzung für Darlehensverträge	88
2. Rechtsfolge	89
■ Zusammenfassende Übersicht: Verbraucherschutz	90
2. Teil: Verträge über digitale Produkte	92
1. Abschnitt: Verbraucherverträge über digitale Produkte	92
A. Anwendungsbereich	93
I. Entgeltlicher Verbrauchervertrag	93
II. Bereitstellung personenbezogener Daten	93
III. Digitale Produkte	95
1. Digitale Inhalte	95
2. Digitale Dienstleistungen	95
IV. Anwendbarkeit bei digitalen Produkten nach Spezifikation des Verbrauchers	96

V. Eingeschränkte Anwendbarkeit bei körperlichem Datenträger	96
VI. Anwendung auf Paketverträge und Verträge über Sachen mit digitalen Elementen	97
1. Paketverträge	97
2. Verträge über Sachen mit digitalen Produkten und Waren mit digitalen Elementen	98
VII. Ausnahmen vom Anwendungsbereich	100
B. Bereitstellung digitaler Produkte und Folgen bei deren Unterbleiben	100
I. Bereitstellungspflicht	101
II. Zeitpunkt und Modalitäten der Bereitstellung	102
III. Verletzung der Bereitstellungspflicht	103
1. Vertragsbeendigung	103
a) Aufforderung oder deren Entbehrlichkeit	103
b) Rechtsfolgen	105
c) Unwirksamkeit der Vertragsbeendigung	106
d) Besonderes Vertragslösungsrecht bei Paketverträgen und bei verbundenen Verträgen	106
2. Schadensersatz und Ersatz vergeblicher Aufwendungen	106
C. Mängelgewährleistung	108
I. Produktmangel	108
1. Maßgeblicher Zeitpunkt	109
2. Subjektive Anforderungen	109
3. Objektive Anforderungen	111
4. Öffentliche Äußerungen	114
5. Integrationsanforderungen	115
II. Aktualisierungen	115
1. Bereitstellung der Aktualisierungen	116
2. Begriff und Umfang der Aktualisierungen	116
a) Maßgeblicher Zeitraum	117
b) Abweichungen von der Aktualisierungspflicht	119
3. Information über Aktualisierungen	119
4. Verantwortlichkeit des Verbrauchers	121
III. Rechtsmangel	122
IV. Vereinbarungen über abweichende Produktmerkmale	123
V. Beweislastumkehr	124
1. Vermutungsregelungen	124
2. Ausnahmen von der Beweislastumkehr	125
D. Gewährleistungsrechte des Verbrauchers	126
I. Nacherfüllung	127
1. Anspruch auf Nacherfüllung	127
2. Ausschluss des Nacherfüllungsanspruchs	129

II. Vertragsbeendigung	131
1. Beendigungsrecht	131
a) Ausschluss des Nacherfüllungsanspruchs	131
b) Nichterfüllung der Nacherfüllung	132
c) Erfolglose Nacherfüllung	132
d) Derart schwerwiegender Mangel	133
e) Verweigerung der ordnungsgemäßen Nacherfüllung	133
f) Offensichtlich keine ordnungsgemäße Nacherfüllung	133
2. Vertragsbeendigungserklärung	134
3. Ausschluss wegen Unerheblichkeit	134
4. Rechtsfolgen	135
a) Rückerstattung der Leistungen und keine weiteren Zahlungen	135
b) Vertragsbeendigung bei Paketverträgen	136
c) Vertragsbeendigung bei verbundenen Verträgen	137
III. Minderung	137
1. Minderungsrecht	137
2. Minderungserklärung	137
3. Kein Ausschluss wegen Unerheblichkeit	138
4. Rechtsfolgen	138
IV. Schadensersatz und Ersatz vergeblicher Aufwendungen	138
1. Schadensersatz neben der Leistung	139
2. Schadensersatz statt der Leistung	139
3. Ersatz vergeblicher Aufwendungen	141
V. Verjährung	142
E. Weitere Nutzung nach Vertragsbeendigung	143
I. Nutzungsuntersagung für den Verbraucher	143
II. Nutzungsuntersagung für den Unternehmer	144
III. Anspruch auf Bereitstellung	146
F. Änderungen des digitalen Produkts	147
I. Änderungsvoraussetzungen	147
II. Zusätzliche Voraussetzungen bei benachteiligenden Änderungen	149
III. Vertragsbeendigungsrecht des Verbrauchers	150
1. Voraussetzungen der Vertragsbeendigung	150
2. Ausschluss der Vertragsbeendigung	150
3. Rechtsfolgen der Vertragsbeendigung	151
IV. Keine Anwendung auf bestimmte Paketverträge	151
G. Vertragsrechtliche Folgen datenschutzrechtlicher Erklärungen	152
H. Abweichende Vereinbarungen	153
I. Unabdingbarkeit und Umgehungsverbot	153
II. Verbleibender Gestaltungsspielraum	154

2. Abschnitt: Verträge über digitale Produkte zwischen Unternehmern	155
A. Anwendungsbereich	155
B. Rückgriff des Unternehmers	156
I. Rückgriffsansprüche	156
1. Regress bei unterbliebener Bereitstellung	157
2. Regress bei Mängelgewährleistung	157
II. Verjährung	158
III. Unabdingbarkeit und Umgehungsverbot	159
IV. Beachtung der Rügeobliegenheiten	159
V. Erstreckung auf die Lieferkette	160
3. Teil: Beteiligung Dritter an Schuldverhältnissen	161
1. Abschnitt: (Echter) Vertrag zugunsten Dritter, §§ 328 ff.	161
A. Rechtsverhältnisse zwischen den Beteiligten	162
I. Deckungsverhältnis	162
1. Eigenes Forderungsrecht des Dritten	162
2. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	164
3. Widerrufsmöglichkeit	164
II. Valutaverhältnis	164
III. Vollzugsverhältnis	165
B. Leistungsstörungen im Deckungsverhältnis	165
I. Rechte des Dritten gegen den Versprechenden	165
II. Rechte des Versprechensempfängers gegen den Versprechenden	165
III. Rechte des Versprechenden	166
C. Einwendungen des Versprechenden gegen den Dritten, § 334	166
D. Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung	167
E. Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall, §§ 328, 331	168
Fall 6: Lebensversicherung für die Geliebte	168
F. Abgrenzung	172
I. Stellvertretung	172
II. Abtretung	173
III. Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	173
G. Verfügung zugunsten Dritter	173
I. Verfügungsgeschäfte über Sachen im Sachenrecht	173
II. Verfügungsgeschäfte über Forderungen im Schuldrecht	174
■ Zusammenfassende Übersicht: Vertrag zugunsten Dritter	175
2. Abschnitt: Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	176
A. Voraussetzungen	177
I. Leistungsnähe	177
II. Einbeziehungsinteresse des Gläubigers	178
III. Erkennbarkeit für den Schuldner	179

IV. Schutzbedürftigkeit des Dritten	179
Fall 7: Pferdegutachten	180
B. Rechtsfolgen	184
Fall 8: Unverschlossene Rauchrohröffnung	184
■ Zusammenfassende Übersicht: Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	187
3. Abschnitt: Drittschadensliquidation	188
A. Tatbestand und Fallgruppen	188
I. Obligatorische Gefahrentlastung	189
1. Versendungskauf, § 447 Abs. 1	189
2. Werkuntergang vor Abnahme, § 644 Abs. 1 S. 1	190
3. Vereinbarung zwischen Gläubiger und Drittem	191
4. Vermächtnis	191
II. Verdeckte (mittelbare) „Stellvertretung“	191
III. Treuhandverhältnisse	192
IV. Obhutsfälle	192
B. Rechtsfolge und Prüfungsaufbau	193
C. Abgrenzung Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter und Drittschadensliquidation	194
■ Zusammenfassende Übersicht: Drittschadensliquidation	195
4. Abschnitt: Abtretung, Sicherungsabtretung, cessio legis	196
A. Abtretung (Zession), §§ 398 ff.	197
I. Voraussetzungen, § 398 S. 1	197
1. Einigung (Abtretungsvertrag)	197
a) Grundsatz der Formfreiheit	197
b) Bestimmbarkeit	197
c) Keine Nichtigkeitsgründe	198
aa) Verletzung von Privatgeheimnissen, § 134 i.V.m. § 203 StGB	199
bb) Verbotene Rechtsdienstleistung, § 134 i.V.m. § 3 RDG; Inkassozeession und Factoring	199
cc) Sonstiges	201
2. Kein Publizitätsakt	201
3. Berechtigung	202
a) Zedent ist Forderungsinhaber	202
b) Keine Verfügungsbeschränkung und kein Verfügungsverbot	203
aa) Allgemeine Regelungen für alle Gegenstände	203
bb) Spezielle Regelungen für Forderungen bzw. andere Rechte, insbesondere Abtretungsverbote nach § 399 Var. 2	203
c) Ermächtigung kraft Gesetzes oder gemäß § 185 Abs. 1	205
d) Überwindung der fehlenden Berechtigung, §§ 185 Abs. 2 und 405	206
II. Rechtsfolgen	207
1. Forderung geht auf Zessionar über (Gläubigerwechsel), § 398 S. 2	207

2. Leistungsstörungen	207
3. Übergang von Neben- und Vorzugsrechten, § 401	207
4. Schutz des Schuldners	208
a) Einwendungen und Einreden des Schuldners, § 404	208
b) Aufrechnung gegenüber dem Zessionar, § 406	209
c) Rechtshandlungen gegenüber dem Zedenten, § 407 Abs. 1	211
Fall 9: Der nichtsahnende Schuldner	211
d) Wirkung rechtskräftiger Urteile, § 407 Abs. 2 und §§ 265, 325 ZPO	213
e) Erweiterter Schuldnerschutz nach § 354a Abs. 1 S. 2 HGB	213
f) Mehrfache Abtretung/Überweisung, §§ 408, 407	214
g) Abtretungsanzeige und Abtretungsurkunde, § 409	214
B. Einziehung durch Dritte: Stellvertretung oder Ermächtigungen	214
C. Gesetzlicher Forderungsübergang (cessio legis)	215
D. Sicherungsabtretung (Sicherungszession)	216
I. Beteiligte Personen und Rechtsverhältnisse	217
II. Sicherungsvertrag	218
1. Mindestinhalt	218
2. Ermessensunabhängiger Freigabeanspruch bei nachträglicher Übersicherung	219
a) Nachträgliche Übersicherung	219
b) Unwirksamkeit entgegenstehender AGB, § 307	220
III. Unwirksamkeit der Sicherungsabtretung nach § 138 Abs. 1	221
1. Anfängliche Übersicherung	221
2. Knebelung	222
3. Verleitung zum Vertragsbruch	222
Fall 10: Kollision von Globalzession und verlängertem Eigentums- vorbehalt	223
■ Zusammenfassende Übersicht: Abtretung	225
5. Abschnitt: Schuld-, Erfüllungs- und Vertragsübernahme	227
A. Schuldübernahme	227
I. Privative (befreiende) Schuldübernahme, §§ 414–418	227
1. Voraussetzungen	227
a) Vertrag zwischen Gläubiger und neuem Schuldner, § 414	228
b) Genehmigter Vertrag zwischen altem und neuem Schuldner, §§ 415, 416	228
2. Rechtsfolgen	229
3. Einwendungen und Einreden	230
4. Gestaltungsrechte	231
II. Schuldbeitritt/kumulative Schuldübernahme	232
1. Abgrenzung: Schuldbeitritt, Bürgschaft oder eigene Schuld	232
2. Voraussetzungen	233
3. Rechtsfolge	234

B. Erfüllungsübernahme	234
C. Vertragsübernahme	234
I. Rechtsgeschäftliche Vertragsübernahme	235
II. Gesetzliche Vertragsübernahme	236
■ Zusammenfassende Übersicht: Privative (befreiende) Schuldübernahme, §§ 414 ff.	237
4. Teil: Mehrheit von Gläubigern und Schuldern	238
1. Abschnitt: Gläubigermehrheiten	238
A. Teilgläubigerschaft, § 420 Var. 2	238
B. Gesamtgläubigerschaft, § 428	239
C. Gemeinschaftliche Gläubigerschaft, § 432	240
2. Abschnitt: Schuldnermehrheiten	241
A. Teilschuldnerschaft, § 420 Var. 1	241
B. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft	242
Fall 11: ... und Gerechtigkeit für alle	242
C. Gesamtschuldnerschaft, §§ 421 ff.	243
I. Entstehen der Gesamtschuld durch Spezialgesetz oder Vertrag	244
II. Entstehen der Gesamtschuld in sonstigen Fällen, § 421 S. 1 Hs. 1	244
1. Schulden mehrere	244
2. Eine Leistung	245
3. Jeder die ganze Leistung	245
4. Gläubiger nur einmal forderungsberechtigt	245
5. Gleichstufigkeit (h.M.)	246
a) Nicht: bei der cessio legis	246
b) Nicht: in den Fällen des § 255	247
c) Gleichstufigkeit nicht erforderlich (a.A.)	248
III. Rechtsfolgen	249
1. Außenverhältnis zwischen Gläubiger und Gesamtschuldnern	249
2. Innenverhältnis zwischen den einzelnen Gesamtschuldnern	250
a) Selbstständiger Ausgleichsanspruch, § 426 Abs. 1 S. 1	251
aa) Höhe des Anspruchs	252
bb) Grundsatz: Teilschuldner; Ausnahme: Haftungseinheit	253
b) Forderungsübergang, § 426 Abs. 2	254
Fall 12: Tückische Verjährung	255
3. Sonderfall: Ausgleich zwischen Mitbürgen, §§ 774 Abs. 2, 426	257
Fall 13: Wenn Bürgen Bürgen würgen	257
4. Sonderfall: Ausgleich zwischen einem Bürgen und einem anderen Sicherungsgeber	258
a) Bürgschaft und akzessorische Sicherheit: Wettkampf der Sicherungsgeber	259

b) Bürgschaft und abstrakte Sicherheit:	
„Stillstand der Sicherungsgeber“	260
c) Anteiliger Ausgleich nach abstraktem Haftungsrisiko	260
IV. Gestörte Gesamtschuld	260
1. Lösungsmodelle	261
2. Wahl des Lösungsmodells nach den schutzwürdigen Interessen	262
a) Vertragliche Haftungsbeschränkungen	263
Fall 14: Die dachlose Jugendherberge	264
b) Gesetzliche Haftungsbeschränkungen	267
aa) Unfallversicherung und Arbeitnehmerhaftung	267
Fall 15: Der Sturz vom Baugerüst	268
bb) Haftung für eigenübliche Sorgfalt i.S.d. § 277	269
Fall 16: Kinderspielplatz	270
■ Zusammenfassende Übersicht: Gesamtschuld	273
Stichwortverzeichnis	275